



Flüchtlingspolitik

Zentrale Rückkehrkoordination mehr Schein als Sein

Kritik an der Neustrukturierung der Abschiebepaxis der Landesregierung

Grundsätzlich ist die Zentrale Rückkehrkoordination (ZRK) des Landes NRW, die die drei Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) seit Juni 2016 bei Abschiebungen und freiwilligen Rückreisen unterstützen soll, eine gute Idee. Das ist meine erste Bilanz nach Beantwortung meiner Kleinen Anfrage. Wenn man aber tiefer schaut, stellt man sich unweigerlich die Frage, wie dies mit nur zwei geplanten Stellen, von denen eine seit Juli besetzt ist, die andere zum kommenden Dezember besetzt werden soll, funktionieren soll. Ich habe damit erhebliche Zweifel und frage mich, ob das nicht mehr Wahlkampfaktionismus ist.

Weiterlesen auf http://kurzlink.de/GG_ZRK

Innere Sicherheit

Gefährdet die Landesregierung durch Untätigkeit die Sicherheit?

Der Landesregierung liegen keine klaren und gesicherten Erkenntnisse darüber vor, ob Terroristen Grundbesitz in Nordrhein-Westfalen haben.

Das geht aus der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage hervor. Ich wollte wissen, ob die seit 14 Jahren gültige EU-Verordnung zum vorzunehmenden Abgleich der EU-Sanktionsliste mit deutschen Grundbucheinträgen umgesetzt wird. Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, weil sie vor Ort nicht nachfragt. Sie will offensichtlich auch in diesem Feld nicht wissen, was Sache ist.

Weiterlesen und die komplette Antwort auf: <http://kurzlink.de/Terrorgefahr>

Besuchergruppe

Schüler des Max-Ernst-Gymnasium Brühl zu Besuch im Landtag



21 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 des Max-Ernst-Gymnasiums aus Brühl haben mich mit ihrem Lehrer Niels Matthiesen diese Woche im Landtag besucht.

Nach einem Rundgang durch das Plenargebäude und einer Stärkung in der Landtagskantine erlebte die Gruppe die Aktuelle Stunde zum Thema „Problemfall A1-Brücke Leverkusen - wie lange will die Landesregierung dem Stauchaos noch untätig zusehen?“ live von der Besuchertribüne aus. Bei der anschließenden Diskussionsrunde war der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA naturgemäß Thema Nummer 1. Aber auch die Folge der Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes für junge Menschen war bei den Schülern aus dem Rhein-Erft-Kreis ein Thema.